

**Antrag 104/II/2022****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Schaffung eines Aufenthaltsrechtes nach § 23 Abs. 1 AufenthG für Regimekritiker\*innen aus Russland**

1 Die Berliner Landesregierung soll zur Ermöglichung ei-  
 2 nes Aufenthaltsrechts für russische Regimekritiker\*in-  
 3 nen eine Anordnung nach § 23 Abs. 1 AufenthG treffen,  
 4 die es ermöglicht, sich in Deutschland aufzuhalten und  
 5 aus Deutschland an einer pluralistischen, demokratischen  
 6 russischen Öffentlichkeit mitwirken zu können. Dies um-  
 7 fasst ein Aufenthaltsrecht sowie ein in Abstimmung mit  
 8 dem Bundesinnenministerium wohlwollend zu prüfendes  
 9 Arbeitsrecht.

10

**Begründung**

12 Die Beschränkung der Visumsfreiheit für russische Staats-  
 13 bürger\*innen ist richtig. Dennoch betrifft sie auch den kri-  
 14 tischen Teil der russischen Öffentlichkeit, der aktuell häu-  
 15 fig dazu gezwungen ist, das Land zu verlassen.

16

17 Der Erhalt einer pluralen, demokratischen und kritischen  
 18 russischen Exilöffentlichkeit liegt im Interesse der Bun-  
 19 desrepublik Deutschland und des Landes Berlin. Nach-  
 20 weislichen Kritiker\*innen des russischen Regimes und /  
 21 oder des Angriffskrieges auf die Ukraine ist daher ein be-  
 22 sonderes Aufenthaltsrecht im Land Berlin zu erteilen.

23

24 Vor allem publizistisch oder künstlerisch geäußelter  
 25 Dissens darf nicht durch mangelndes Arbeitsrecht be-  
 26 oder verhindert werden. Insbesondere Journalist\*innen,  
 27 Schriftsteller\*innen, Künstler\*innen etc. müssen daher die  
 28 Möglichkeit erhalten, eine kritische Exilöffentlichkeit auf-  
 29 recht zu erhalten und dabei auch ihren Lebensunterhalt  
 30 (teilweise) zu finanzieren.

**Schaffung eines humanitären Aufnahmeprogramms für schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger Russlands**

Die SPD-Bundesfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger Russlands, ein sicherer und legaler Zugangsweg nach Deutschland geschaffen wird und für diese Menschen humanitäre Aufnahmen eingerichtet werden. Aufnahmen von Kriegsdienstverweigerer\*innen sollen wohlwollend geprüft werden. Das entspricht in der aktuellen Kriegssituation auch dem besonderen politischen Interesse Deutschlands.

Übergangsweise soll die Berliner Landesregierung russischen Regimekritiker\*innen ermöglichen nach §23 Abs 1 nach Berlin zu kommen und aus Deutschland an einer pluralistischen, demokratischen russischen Öffentlichkeit mitwirken zu können. Dies umfasst ein Aufenthaltsrecht sowie ein in Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium wohlwollend zu prüfendes Arbeitsrecht. Dazu ist eine Kooperation mit Partnerländern wie Georgien anzustreben.